

Resolution der IHK-Vollversammlung

Entscheidung der Vollversammlung der IHK Hochrhein-Bodensee zum Ukraine-Krieg am 11. April 2022

- (1) Die Vollversammlung der IHK Hochrhein-Bodensee verurteilt nachdrücklich den völkerrechtswidrigen, brutalen Angriffskrieg, den Russland unter der Führung Putins gegen die Ukraine führt. Dieser Krieg ist durch nichts zu rechtfertigen, er bringt für die Betroffenen unendliches Leid und er bedroht Freiheit, Demokratie und Sicherheit in ganz Europa.

- (2) Die Vollversammlung sieht in den Wirtschaftssanktionen gegen Russland die einzige und richtige Möglichkeit, auf ein baldiges Ende des Kriegsgeschehens hinzuwirken, ohne selbst in die unmittelbaren Kriegshandlungen einbezogen zu werden. Sie unterstützt diese Sanktionen deshalb ebenso wie die Lieferung von Waffen an die Ukraine. Die Wirtschaft der Region ist bereit, die negativen Rückwirkungen der Sanktionen und allfälliger Gegensanktionen auf die eigene Geschäftstätigkeit im übergeordneten Interesse des gemeinsamen Kampfes der westlichen Welt für ihre Werte und gegen die Barbarei des Krieges hinzunehmen.

- (3) Die Vollversammlung sieht es als Aufgabe der Politik, in der zentralen Frage der Energieversorgung, der Energiepreisentwicklung und der Versorgungssicherheit das Ziel eines hohen und wirksamen internationalen Sanktionsdrucks auf Russland einerseits und die Notwendigkeit eines in seinem Kern stabilen nationalen Wirtschaftsgeschehens und Arbeitsmarktes andererseits gegeneinander abzuwägen. Sie sieht es als ihre eigene Aufgabe, die dafür notwendigen Voraussetzungen zu definieren und zu kommunizieren und zugleich alle Anstrengungen zu unternehmen, die notwendig sind, um auch im Worst Case eines Embargos bzw. von Seiten Russlands unterbundener Gaslieferungen zu bestehen.

(4) Die Vollversammlung unterstützt jede politische, legislative und administrative Anstrengung, die zu einer beschleunigten Unabhängigkeit Deutschlands in der Frage der Energieerzeugung und Versorgung führt. Weil dies bei realistischer Betrachtung nicht mit Wirkung für den/die kommenden Winter gelingen kann, hält die Vollversammlung auch eine Überprüfung der gesetzlichen Prioritäten in der Gasversorgung im Falle einer akuten Mangelsituation für geboten. Gleiches gilt für die bislang konsentierten Ausstiegsszenarien bei Kohle und Kernkraft, die ggf. befristet ausgesetzt und nach Überwindung der aktuellen Krise unverändert wiederaufgenommen werden sollten. Die Anstrengungen zur Sicherung der Energieversorgung müssen von der konsequenten Nutzung aller Sparpotenziale begleitet werden.

(5) Die Vollversammlung ist überzeugt, dass der Kampf gegen Krieg und Barbarei und für das Völkerrecht und die Freiheit nur aus einer Position wirtschaftlicher Stärke erfolgreich geführt werden kann. Die Abwehr einer tiefen, langanhaltenden Rezession hat deshalb nach ihrer Überzeugung eine weit über das wirtschaftliche und soziale Wohlergehen des Landes hinausgehende Bedeutung und deshalb ihrerseits hohe Priorität.

(6) Weil das so ist, müssen die Lasten, die sich aus der aktuellen Situation ergeben, gesamtgesellschaftlich getragen, fair und breit geteilt und verteilt werden. Das impliziert staatliche Hilfen für die von Sanktionen und der Entwicklung des Energiemarktes besonders betroffenen Unternehmen. Die Unternehmen aller Branchen stehen für eine Integration Geflüchteter in den Arbeitsmarkt bereit.

